

Antrag 118/II/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für ein Recht auf analoge Teilhabe**

- 1 Die Digitalisierung macht viele Dinge des täglichen Le-
- 2 bens einfacher. Durch digital angebotene Dienste können
- 3 Abläufe beschleunigt und automatisiert werden. Somit
- 4 kann bei geringerem Aufwand die Zugänglichkeit erleich-
- 5 tert werden. Beispielsweise können Behördengänge digi-
- 6 tal erledigt werden, ohne dass ein Termin auf dem Bürger-
- 7 amt notwendig wäre.
- 8 Vor dem Hintergrund der Digitalisierung kann jedoch
- 9 nicht vorausgesetzt werden, dass jede Person ein ent-
- 10 sprechendes Endgerät und die erforderlichen Kenntnisse
- 11 zur Bedienung besitzt. Vor allem bei wichtigen Dienstleis-
- 12 tungen, welche die gesellschaftliche Teilhabe betreffen,
- 13 ist es daher notwendig, dass der Zugang niedrigschwel-
- 14 lig gestaltet ist, die Voraussetzungen an die Endgeräte
- 15 der Nutzer*innen möglichst gering sind und die Erhebung
- 16 von Nutzer*innendaten auf das minimal erforderliche be-
- 17 schränkt ist. Außerdem muss stets eine Alternative oh-
- 18 ne zusätzliche Kosten existieren. Digitale Angebote sollen
- 19 den Zugang zu Dienstleistungen vereinfachen und nicht
- 20 die einzige Möglichkeit des Zugangs darstellen.
- 21 Negativbeispiele gibt es leider zuhauf: Inzwischen sind
- 22 DHL-Paketstationen nur noch mit der DHL-App nutzbar,
- 23 die auf einem iOS- oder Android-Smartphone installiert
- 24 sein muss und Daten ihrer Nutzer*innen an Dritte, auch
- 25 außerhalb der EU, weitergibt. Auch die physische Bahn-
- 26 card wurde abgeschafft und kann nun ausschließlich über
- 27 die DB App genutzt werden. Zudem ist die DB App aus-
- 28 schließlich als closed-source Variante auf iOS und Android
- 29 verfügbar. Der Quelltext der Software ist also nicht öffent-
- 30 lich einsehbar. Es ist daher nicht nachvollziehbar, wie Da-
- 31 ten in der App verarbeitet werden.
- 32 Eine demokratische Gesellschaft sollte Technologie als
- 33 Chance für Inklusion nutzen, diese darf dabei jedoch nie
- 34 zum Ausschluss von Menschen führen.
- 35 Wir fordern daher:
- 36 • Die Verpflichtung, dass die Dienstleistungen von Be-
- 37 hörden auch analog angeboten werden müssen
- 38 • Die Verpflichtung, dass staatliche oder staatsnahe
- 39 Dienstleistungen, die zur gesellschaftlichen Teilha-
- 40 be und Mobilität notwendig sind, mit einer ana-
- 41 logen Alternative ohne zusätzliche Kosten angebo-
- 42 ten werden, wenn bisher keine analoge Alternati-
- 43 ve existiert, muss eine niedrigschwellige und zu-
- 44 mutbare Alternative entwickelt und zugänglich ge-
- 45 macht werden.
- 46 • Digital angebotene Leistungen müssen technolo-
- 47 gieoffen sein und dürfen keine Installation auf dem

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt (Konsens)**

Erledigt durch 119/II/2024

- 48 Endgerät der Nutzer*innen erfordern
- 49 • Digital angebotene Leistungen dürfen nicht zur Vor-
- 50 aussetzung haben, dass Daten von Nutzer*innen er-
- 51 fasst werden, die zur Dienstleistung nicht erforder-
- 52 lich sind
- 53 • Erfasste Daten, die zur Dienstleistung erforderlich
- 54 sind, dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden
- 55 den
- 56